



Gegen die Mafia

»Die Korruption ist eine hartnäckige Plage.« Das Linksbündnis »Gemeinsam für Peru« will die Verhältnisse im Land ändern und eine neue Verfassung erarbeiten. Ein Gespräch mit dem Generalsekretär der KP, Luis Villanueva Carbajal

SEITE 3

Rundweg abgelehnt

Konzern nicht verhandlungsbereit.
5 Flugbegleiter bestreiten Luft-hansa-Töchter, Urabstimmung

Mehrheit verloren

Rechte lassen nach Schweizer Wahl
6 Federn wegen Themen »Klimastreik« und »Frauenfrage«

Offen rebelliert

Chile steckt in einer Krise. Streit um
7 Metropreise war nur der Auslöser für Massenproteste

Selbst ausgebeutet

Nach Uber, Deliveroo und Lime
9 kommt nächste App, die Niedriglöhner beschäftigt

Die Revolution geht weiter

Evo Morales gewinnt Präsidentschaftswahl in Bolivien. Stichwahl im Dezember möglich. Sozialisten dominieren Parlament.

Von Volker Hermsdorf

Bolivians Präsident Evo Morales und seine »Bewegung zum Sozialismus« (MAS) haben die Wahlen am Sonntag in dem südamerikanischen Land gewonnen. In beiden Parlamentskammern konnte die MAS ihre Mehrheit verteidigen. Bei der Präsidentschaftswahl lag Morales nach Auszählung von knapp 84 Prozent der Urnen am Montag mit 45,28 Prozent der Stimmen klar vor dem Konservativen Carlos Mesa, der auf 38,16 Prozent kam.

Nach diesem Stand käme es am 15. Dezember zu einer Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten, denn für einen Sieg in der ersten Runde bräuchte Morales entweder mehr als 50 Prozent der Stimmen oder müsste bei über 40 Prozent Unterstützung zehn Punkte vor seinem stärksten Konkurrenten liegen. Dazu fehlten ihm am Montag noch knapp drei Punkte.

Die Präsidentin des Obersten Wahlgerichts (TSE), María Eugenia Choque, hatte am Abend des Wähltags allerdings darauf hingewiesen, dass zur abschließenden Beurteilung noch die Ergebnisse aus einer Reihe ländlicher Wahlbezirke abgewartet werden müssten, wo die MAS ihre Hochburgen hat. Wie der Verfassungsrechtler Iván Lima am Montag der staatlichen Nachricht-



Mit Evo bis 2025: Wahlkampfplakate am Sonnabend an einer Straße in der Region Chapare

tenagentur *ABI* sagte, gehe es um eine Million Stimmen – bei insgesamt sieben Millionen Wahlberechtigten. Morales verwies darauf, dass er nach der bereits abgeschlossenen Auszählung der Stimmen der ländlichen Bezirke im Departamento Potosí mehr als 15 und in Oruro über 14 Punkte vor Mesa gelegen habe. Die Linke feierte deshalb am Abend bereits ihren Sieg. »Ein weiterer Triumph«, rief Morales seinen Anhängern im Regierungspalast zu. »Wir haben die vierte Wahl hintereinander gewonnen. Und das gegen eine Rechte, die in die Vergangenheit zurück will. Das ist historisch und einmalig.« Während er dazu aufforderte, das Endergebnis abzuwarten, gab sich der Präsident angesichts der verteidigten MAS-Mehrheit im Parlament zuversichtlich, auch eine eventuell erforderliche Stichwahl

zu gewinnen: »Wir werden unseren Prozess des Wandels fortsetzen!« Die Opposition sah sich ebenfalls als Sieger der Wahl. »Wir können mit absoluter Sicherheit sagen, dass wir in der zweiten Runde sind«, verkündete Mesa bereits vor Ende der Auszählung. Der Kandidat des Bündnisses »Bürgergemeinschaft« (CC) hofft, dass sich bei einer Stichwahl die zersplitterte Rechte gegen Evo vereint und ihn unterstützt.

Der 59jährige Morales, der seit 2006 an der Spitze des südamerikanischen Landes steht, würde bei einer Wiederwahl seine dann bis 2025 laufende vierte Amtsperiode antreten. Im Wahlkampf hatte die MAS damit gewonnen, in den nächsten fünf Jahren die extreme Armut beseitigen, die Nahrungsmittelversorgung sichern und den freien Zugang zu Gesundheitsver-

sorgung, Bildungs- und Sporteinrichtungen für alle Teile der Bevölkerung garantieren zu wollen. Morales kann darauf verweisen, dass die Armut in Bolivien seit seiner ersten Amtszeit von 63 auf 35 Prozent zurückgegangen ist. Das Land stand zudem in den vergangenen Jahren mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4,9 Prozent, einer niedrigen Inflation und fortschrittlichen Sozialprogrammen besser da, als die Nachbarländer der Region.

Das rechtskonservative Bürgertum und die USA nehmen ihm allerdings seine antiimperialistische Rhetorik und die guten Beziehungen zu Kuba, Venezuela und Nicaragua übel. Anhänger der Opposition drohten am Sonntag bereits mit einer »Rebellion« im Falle ihrer Niederlage und riefen zu »Aktionen auf den Straßen« auf.

Keine Abstimmung über »Brexit«-Deal in London



London. Die Entscheidung des britischen Unterhauses über den neuen »Brexit«-Deal von Premierminister Boris Johnson verzögert sich weiter. Parlamentspräsident John Bercow (Foto) ließ eine Abstimmung im Unterhaus in London am Montag nicht zu. Er begründete seine Ablehnung damit, dass der Entwurf der Regierung in seinem Inhalt der gleiche wie der vom Sonnabend sei. Auch die Umstände hätten sich nicht geändert. Das Unterhaus sollte eigentlich schon am 19. Oktober in einer Sondersitzung über das Abkommen abstimmen. Die Abgeordneten votierten aber dann dafür, die Entscheidung zu verschieben. Die Folge: Der Premierminister war damit per Gesetz verpflichtet, in Brüssel um eine Verlängerung der »Brexit«-Frist über den 31. Oktober hinaus zu bitten. Johnson hatte vor wenigen Tagen mit der EU einen geänderten Austrittsvertrag ausgehandelt. (dpa/JW)

Bundesbank will höheres Renteneintrittsalter

Frankfurt am Main. »Durch die demographische Entwicklung gerät die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung künftig unter erheblichen Druck, insbesondere ab Mitte der 2020er Jahre«, schreibt die Bundesbank in ihrem am Montag veröffentlichten Monatsbericht Oktober. Um das System stabil zu halten, bestehe »Anpassungsbedarf«. Ein wichtiger Ansatzpunkt sei das Renteneintrittsalter. Nach Ansicht der Notenbank-Ökonomen müsse dieses auf 69 Jahre und vier Monate steigen. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Die Linke, Dietmar Bartsch, sagte, statt des Eintrittsalters müssten »die Einnahmen der Rentenkasse erhöht werden«. Dies wäre etwa durch eine Einbindung von Beamten, Selbständigen und Politikern in das öffentliche Rentensystem möglich. Auch SPD und Grüne kritisierten den Vorstoß der Bundesbank. (dpa/JW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.216 Genossinnen und Genossen (Stand 18.9.2019)
www.jungewelt.de/lpg

Campact verliert Gemeinnützigkeit

Nach ATTAC wird weiterer Verein für faire Handelspolitik und soziale Gerechtigkeit abgewertet

Nach dem globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC wurde nun auch dem Kampagnennetzwerk Campact der Status einer gemeinnützigen Organisation aberkannt. Eine entsprechende Entscheidung habe das Berliner Finanzamt für Körperschaften dem Verein nach Prüfung der Jahre 2015 bis 2017 schriftlich mitgeteilt, informierte Campact am Montag.

Campact sei überwiegend allgemeinpolitisch tätig gewesen und habe Kampagnen zu Themen durchgeführt, die keinem gemeinnützigen Zweck der Abgabenordnung zugeordnet werden

könnten, begründete das Finanzamt seine Entscheidung. »Auch handelt es sich bei den Kampagnen nicht um politische Bildung. Im Vordergrund stand nicht die Information über politische Prozesse, sondern vielmehr die Einflussnahme auf diese«, hieß es im Steuerbescheid für 2016. Mit der Entscheidung können Spender ihre Spenden an Campact nicht mehr steuerlich absetzen.

»Nach ATTAC ist jetzt Campact an der Reihe und verliert den Status der Gemeinnützigkeit. Was für ein fatales Zeichen: In Zeiten, wo Hunderttausende Menschen mit Campact für Klima-

schutz und gegen rechts auf der Straße streiten, wird deren Engagement als nicht gemeinnützig abgewertet und entwürdigt«, kritisierte Campact-Vorstand Felix Kolb. Verantwortlich dafür sei vor allem Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD). »Er drückt sich seit Monaten um eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, die endlich Rechtssicherheit schaffen würde.«

Die Gesetzgeber in Bund und Ländern müssten endlich den »völlig veralteten« Katalog der Zwecke reformieren, die eine Gemeinnützigkeit begründen, forderte Kolb. In der Abgaben-

ordnung, die die Voraussetzungen für eine Gemeinnützigkeit definiert, fehlen nach Angaben von Campact die Zwecke Förderung von Menschenrechten, faire Handelspolitik und soziale Gerechtigkeit.

Seit dem ATTAC-Urteil habe Campact vorsorglich keine Spendenbescheinigungen mehr ausgestellt. Trotzdem muss der Verein laut Kolb nun für die zurückliegenden Jahre rund 300.000 Euro Schenkungssteuer nachzahlen. Allerdings sei er optimistisch, dass die Spender der Organisation treu blieben. (AFP/dpa/JW)

